



Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

29/2015 17.07.2015

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Leistungsbericht 2014

Mit dem Leistungsbericht 2014 geben das Institut für Multimediales Öffentliches Recht und das Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre Einblick in ihre Aktivitäten in Forschung und Lehre.

Neben den Forschungsschwerpunkten war die Arbeit an den Instituten vor allem von der Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle 2014 geprägt, welche umfassende Änderungen im Verfassungsrecht, Verfahrensrecht und den Materiengesetzen mit sich brachte. Zahlreiche Publikationen und Fachvorträge unter Beteiligung der Institutsmitglieder folgten daraus.

I. Bundesgesetzblatt

BGBI I 82/2015

Kundmachung des Bundeskanzlers über die **Aufhebung des § 40 des Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetzes** durch den Verfassungsgerichtshof

BGBI II 197/2015

Verordnung der Bundesregierung über die Sprengel der Bezirksgerichte in Oberösterreich (**Bezirksgerichte-Verordnung Oberösterreich 2015**)

BGBI II 199/2015

Verordnung des Bundesministers für Finanzen über die **Geschäftsordnung des nach dem Steuerabkommen Liechtenstein zu konstituierenden Prüfungsausschusses**

BGBI II 200/2015 (Anlage 7)

Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie, mit der die **Prüf- und Begutachtungsstellenverordnung** geändert wird (8. Novelle zur PBStV)

II. Amtsblatt der EU

[ABI L 186 v 14.07.2015, 2](#)

Beschluss (GASP) 2015/1148 des Rates vom 14. Juli 2015 zur **Änderung des Beschlusses** 2010/413/GASP über **restriktive Maßnahmen gegen Iran**

III. Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, Verwaltungsgerichte

A. Verfassungsgerichtshof

01.07.2015, [UA 5/2015](#)

B-VG; keine Verpflichtung der **Ktn Landesholding** dem **Hypo-Untersuchungsausschuss** Unterlagen vorzulegen; Ktn Landesholding kein „Organ“ iSd Art 53 Abs 3 B-VG; keine Übertragung von hoheitlichen Befugnissen auf die Ktn Landesholding; Übertragung privatwirtschaftlicher Angelegenheiten einer Gebietskörperschaft auf einen öffentlich-rechtlich Ausgliederten hat zur Konsequenz, dass es sich bei der Aufgabenerfüllung nicht um staatliche Verwaltung handelt

01.07.2015, [UA 6/2015 ua](#)

B-VG; keine Verpflichtung der Finanzmarktbeitrags AG (**FIMBAG**) dem **Hypo-Untersuchungsausschuss** Unterlagen vorzulegen; FIMBAG kein „Organ“ iSd Art 53 Abs 3 B-VG; keine Übertragung von hoheitlichen Befugnissen auf die FIMBAG; Übertragung privatwirtschaftlicher Angelegenheiten einer Gebietskörperschaft auf einen öffentlich-rechtlich Ausgliederten hat zur Konsequenz, dass es sich bei der Aufgabenerfüllung nicht um staatliche Verwaltung handelt

B. Verwaltungsgerichtshof

22.04.2015, [Ro 2014/10/0122](#)

ApothekerG; der vom VwG herangezogene Faktor zur **Ermittlung des Apothekenkundenpotenzials** beruht auf keinen aussagekräftigen Parametern; die Ermittlung des Kundenpotenzials durch Multiplikation der Kunden der Bregener Innenstadtgeschäfte mit diesem Faktor ist nicht möglich; dass das VwG von der Rsp des VwGH abgewichen ist, führt zu keiner grundsätzlichen Rechtsfrage iSd Art 133 Abs 4 B-VG, da die begehrte Konzession auch bei Außerachtlassung des aus den Einzelhandelsgeschäften resultierenden Kundenpotenzials nicht erteilt werden könnte

20.05.2015, [2013/10/0060](#)

Tir NaturschutzG; Auftrag zur **Herstellung des gesetzmäßigen Zustands gem § 17 Abs 1 Tir NaturschutzG** auf einem näher bezeichneten Grundstück; die Behörde hat sich zwar nicht mit der Frage auseinandergesetzt, ob das ggst Grundstück außerhalb einer „geschlossenen Ortschaft“ gelegen ist, doch hat der Bf die Lage des Grundstücks außerhalb des Ortsgebiets im gesamten Verfahren nie in Frage gestellt; keine unschlüssige Beweiswürdigung

28.05.2015, [Ro 2014/07/0096](#)

ImmissionsschutzG-Luft; Antrag auf Erlassung von umfassenden verkehrsbezogenen Maßnahmen zur Einhaltung der Emissionsgrenzwerte für Feinstaub; der **Antrag einer natürlichen Person** auf Erstellung oder Ergänzung eines **Luftqualitätsplans** ist zulässig, wenn die Grenzwerte überschritten werden und die antragstellende Partei unmittelbar von dieser Überschreitung betroffen ist, sofern keine Fristverlängerung nach Art 22 der Luftqualitäts-RL vorliegt

10.06.2015, [2013/11/0005](#); [2013/11/0138](#)

NÖ KrankenanstaltenG; Antrag auf sanitätsbehördliche Bewilligung zum **Umbau eines Zahnambulatoriums**; ein **Bewilligungsverfahren nach § 11 Abs 1 NÖ KrankenanstaltenG** ist nur erforderlich, wenn durch den Umbau eine Erweiterung erfolgt, die den räumlichen Umfang „erheblich“ verändert oder eine andere der in § 11 Abs 1 erster Satz leg cit genannten Veränderungen herbeigeführt wird; die Behörde hat die diesbezüglich notwendigen Feststellungen unterlassen

19.06.2015, [Ro 2014/02/0103](#)

VwGVG; nach der bisherigen Rsp des VwGH liegt keine rechtswidrige **Unterlassung einer mündlichen Verhandlung im zweiten Rechtsgang** vor, wenn bereits im ersten Rechtsgang eine öffentliche mündliche Verhandlung durchgeführt worden ist; es muss jedoch auch in einem solchen Fall eine der in § 44 VwGVG vorgesehenen Ausnahme gegeben sein; ist das Verschulden des Revisionswerbers noch ungeklärt, liegt keine Ausnahme vom **Grundsatz der Durchführung einer mündlichen Verhandlung** vor

19.06.2015, [Ra 2014/02/0178](#)

AVG; über einen **Antrag auf Wiedereinsetzung** ist mit (verfahrensrechtlichem) Bescheid abzusprechen; ggst wurde über einen Wiedereinsetzungsantrag nicht abgesprochen, sondern es wurden die Verfahrensakten dem VwG vorgelegt; die in der **Vorlage eines Rechtsmittels an das VwG** allenfalls konkludent zum Ausdruck kommende Entscheidung, keine Zurückweisung der Beschwerde vornehmen zu wollen, stellt keine „konkludente und faktisch negative“ Entscheidung über den Wiedereinsetzungsantrag und somit keinen verfahrensrechtlichen Bescheid dar

23.06.2015, [2012/05/0197](#)

BauO für Wien; Antrag auf Baubewilligung für die Errichtung eines unterkellerten Kleinhauses; Statik und Tragfähigkeit des Untergrunds, Versickerung des Regenwassers bzw Ableitung von Niederschlagswässern begründen keine **subjektiv-öffentlichen Nachbarrechte**; Beeinträchtigungen durch ein allfälliges Abrutschen des Geländes oder durch Oberflächenwässer sind auch keine **Immissionen iSd § 134a Abs 1 lit e BauO für Wien**

23.06.2015, [2012/05/0203](#)

BauO für Wien; Antrag auf Erteilung der Baubewilligung für die Errichtung eines Wohngebäudes; div Einwendungen der Nachbarn; die belangte Behörde hat den Bf entgegengehalten, sie seien den Ausführungen des lärmtechnischen Amtssachverständigen nicht auf gleicher fachlicher Eben entgegengetreten und hat damit übersehen, dass sich die Bf auf die sachverständige Äußerung eines **Zivilingenieurs für Technische Physik** in dessen **gutachterlichen Stellungnahme** stützen konnten

23.06.2015, [2013/05/0136](#)

BauO für Wien; Auftrag zur Herstellung des konsensmäßigen Zustands eines Hauses; das Vorliegen einer ordnungsgemäßen Fertigstellungsanzeige ist keine Voraussetzung für die Erteilung eines **Baufauftrags gem § 129 Abs 10 BauO für Wien**; keine nach § 62 Abs 1 iVm § 73 Abs 3 BauO für Wien bewilligungsfreie Abweichung vom ursprünglichen Konsens

23.06.2015, [Ro 2015/05/0011](#)

AVG; VwGVG; Frist zur Erhebung einer **Säumnisbeschwerde** gem § 73 Abs 1 AVG bzw § 8 Abs 1 VwGVG; die Behörde erfüllt nur dann ihre **Entscheidungspflicht**, wenn sie einen die Verwaltungssache **meritorisch oder prozessual gänzlich erledigenden Bescheid** gegenüber der Verfahrenspartei erlässt; durch die Vorlage der gegen einen Zurückweisungsbescheid erhobenen Beschwerde an das VwG endete nicht die Zuständigkeit des Magistrats

C. Verwaltungsgerichte

BVwG 26.05.2015, [W101 2007059-1](#); [W101 2010583-1](#)

BVwG 28.05.2015, [W101 2011300-2](#)

Gerichtliches EinbringungsG; AVG; subsidiäre Anwendbarkeit des AVG und damit dessen § 57 Abs 3 betreffend **Mandatsbescheide** in Verfahren nach dem Gerichtlichen EinbringungsG; Einleitung des **Ermittlungsverfahrens** binnen 2 Wochen **nach Einlangen der Vorstellung**; keine besonderes Formerfordernis; Notwendigkeit der eindeutigen Erkennbarkeit der Befassung mit der Angelegenheit; Vorlage der Vorstellung an Präsident des LG ist jedenfalls kein Ermittlungsschritt

LVwG NÖ 08.07.2015, [LVwG-S-1719/001-2015](#)

KrafftahrG; der Straftatbestand des **Telefonierens während der Fahrt** erfasst das Fernsprechen, also auch das Führen eines **Ferngesprächs mittels Funkgerät**; ein Tatbestandsmerkmal der angelasteten Verwaltungsübertretung ist das Fehlen einer Freisprecheinrichtung; wird ein Teil des Funkgerätes mit dem Mikrofon vom Lenker in der Hand gehalten, wird keine Freisprecheinrichtung für das Gespräch verwendet

LVwG Tir 23.06.2015, [LVwG-2015/41/0778-3](#)

AVG; der Behörde ist ein **amtlicher SV** iSd § 52 AVG „**beigegeben**“, wenn er organisatorisch in sie eingegliedert ist; es handelt sich somit insb um fachkundige Personen, die einem Hilfsapparat der entscheidenden Behörde angehören; demgegenüber setzt die Wendung „**zur Verfügung stehen**“ iSd § 52 AVG die organisatorische Zugehörigkeit zu einer anderen als der zur Entscheidung berufenen Behörde voraus

LVwG Tir 30.06.2015, [LVwG-2015/35/1556-1](#)

VwGVG; auch wenn das VwGVG keine ausdrückliche Regelung zum Zeitpunkt, ab dem die **Zuständigkeit** zur Entscheidung im Fall einer **Säumnisbeschwerde** von der belangten Behörde auf das VwG übergeht, trifft, kann aus den Bestimmungen dieses Gesetzes abgeleitet werden, dass mit der Vorlage der Säumnisbeschwerde an das VwG die Zuständigkeit auf dieses übergeht und keine Zuständigkeit der belangten Behörde mehr besteht

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

[16.07.2015, Rs C-681/13, Diageo Brands](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Verordnung (EG) Nr 44/2001 – **Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen** – Versagungsgründe – Verstoß gegen die öffentliche Ordnung des Vollstreckungsstaats – Dem Markenrecht der Union **widersprechende Entscheidung** eines Gerichts eines anderen Mitgliedstaats – Richtlinie 2004/48/EG – Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums – **Prozesskosten**

[16.07.2015, Rs C-39/14, BVVG](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Staatliche Beihilfen – Art 107 Abs 1 AEUV – **Veräußerung landwirtschaftlicher Grundstücke** durch die **öffentliche Hand** – Nationale Rechtsvorschrift, nach der die zuständigen Behörden die Veräußerung eines Grundstücks verhindern können, wenn der **angebotene Preis** in einem **groben Missverhältnis** zum **Marktwert** steht – Bestimmten Unternehmen oder Produktionszweigen gewährter Vorteil – Kriterium des privaten Kapitalgebers – Bestimmung des ‚Marktwerts‘

[16.07.2015, Rs C-170/13, Huawei Technologies](#)

Wettbewerb – Art 102 AEUV – Unternehmen, das Inhaber eines **standardessenziellen Patents** ist und sich gegenüber einer Standardisierungsorganisation verpflichtet hat, jedem Dritten zu fairen, zumutbaren und diskriminierungsfreien Bedingungen (sogenannte **FRAND-Bedingungen**, ‚fair, reasonable and non-discriminatory‘) eine **Lizenz** für dieses Patent zu erteilen – Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung – **Patentverletzungsklagen** – Unterlassungsklage – Klage auf Rückruf – Klage auf Rechnungslegung – Schadensersatzklage – Verpflichtungen des Inhabers eines standardessenziellen Patents

[16.07.2015, Rs C-425/13, Kommission / Rat](#)

Nichtigkeitsklage – Beschluss des Rates zur Ermächtigung, Verhandlungen zur Verknüpfung des Emissionshandelssystems der Europäischen Union mit dem **Emissionshandelssystem Australiens** zu eröffnen – **Verhandlungsrichtlinien** – Sonderausschuss – Art 13 Abs 2 EUV, Art 218 Abs 2 bis 4 AEUV und Art 295 AEUV – Institutionelles Gleichgewicht

[16.07.2015, verb Rs C-544/13 und C-545/13, Abcur](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Humanarzneimittel – Richtlinie 2001/83/EG – **Anwendungsbereich** – Art 2 Abs 1 und Art 3 Nrn 1 und 2 – **Arzneimittel**, die **gewerblich zubereitet** werden oder bei deren Zubereitung ein industrielles Verfahren zur Anwendung kommt – Ausnahmen – Arzneimittel, die in einer Apotheke nach ärztlicher **Verschreibung für einen bestimmten Patienten zubereitet** werden – In der Apotheke nach Vorschrift einer Pharmakopöe zubereitete Arzneimittel, die für die unmittelbare Abgabe an die Patienten bestimmt sind, die Kunden dieser Apotheke sind – Richtlinie 2005/29/EG

[16.07.2015, Rs C-580/13, Coty Germany](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Geistiges und gewerbliches Eigentum** – Richtlinie 2004/48/EG – Art 8 Abs 3 Buchst e – **Verkauf rechtsverletzender Waren** – Recht auf Auskunft im Zusammenhang mit einem Verfahren wegen Verletzung eines Rechts des geistigen Eigentums – Regelung eines Mitgliedstaats, die es den Bankinstituten gestattet, sich zu weigern, einem Antrag auf Auskunftserteilung betreffend ein Bankkonto stattzugeben (**Bankgeheimnis**)

[16.07.2015, Rs C-584/13, Mapfre asistencia und Mapfre warranty](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuern – **Mehrwertsteuer** – Geltungsbereich – **Befreiung** – Begriff ‚Versicherungsumsätze‘ – Begriff ‚Dienstleistungen‘ – **Pauschalentgelt** für eine Garantie für den Fall des Defekts eines Gebrauchtfahrzeugs

[16.07.2015, Rs C-612/13 P, ClientEarth / Kommission](#)

Rechtsmittel – **Zugang zu Dokumenten** der Organe der Europäischen Union – Verordnung (EG) Nr 1049/2001 – Art 4 Abs 2 dritter Gedankenstrich – **Umweltinformationen** – **Übereinkommen von Århus** – Art 4 Abs 1 und 4 – Ausnahme vom Recht auf Zugang – Schutz des Zwecks der Untersuchungstätigkeiten – Von einem Unternehmen im Auftrag der Europäischen Kommission über die Umsetzung von Umweltrichtlinien durchgeführte Studien – Teilweise Verweigerung des Zugangs

[16.07.2015, Rs C-615/13 P, ClientEarth und PAN Europe / EFSA](#)

Rechtsmittel – **Zugang zu Dokumenten** der Organe der Europäischen Union – Verordnung (EG) Nr 1049/2001 – Art 4 Abs 1 Buchst b – Verordnung (EG) Nr 45/2001 – Art 8 – Ausnahme vom Recht auf Zugang – Schutz personenbezogener Daten – **Begriff der personenbezogenen Daten** – Voraussetzungen für eine Übermittlung personenbezogener Daten – Namen der Verfasser sämtlicher Stellungnahmen zum Entwurf eines Leitfadens der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) zu dem Anträgen auf Zulassung zum Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln beizufügenden Verzeichnis der wissenschaftlichen Literatur – **Verweigerung** des Zugangs

[16.07.2015, Rs C-21/14 P, Kommission / Rusal Armenal](#)

Rechtsmittel – **Dumping** – **Einfuhren bestimmter Folien aus Aluminium** mit Ursprung in Armenien, Brasilien und China – Beitritt der Republik Armenien zur Welthandelsorganisation (WTO) – Art 2 Abs 7 der Verordnung (EG) Nr 384/96 – Vereinbarkeit mit dem Übereinkommen zur Durchführung von Art VI des **Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens** 1994 (GATT)

[16.07.2015, Rs C-83/14, CHEZ Razpredelenie Bulgaria](#)

Richtlinie 2000/43/EG – **Grundsatz der Gleichbehandlung** ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft – Stadtviertel, in denen überwiegend **Personen mit Roma-Herkunft** wohnen – **Anbringung von Stromzählern** in einer Höhe von sechs bis sieben Metern an den Betonmasten des Freileitungsnetzes – Begriff der ‚unmittelbaren Diskriminierung‘ und der ‚mittelbaren Diskriminierung‘ – Beweislast – Etwaige Rechtfertigung – **Verhinderung von Manipulationen** an den Stromzählern und von illegalen Stromentnahmen – **Verhältnismäßigkeit** – Allgemeiner Charakter der Maßnahme – Beleidigende und **stigmatisierende Wirkung** der Maßnahme – Richtlinien 2006/32/EG und 2009/72/EG – Unmöglichkeit für den Endverbraucher, seinen Stromverbrauch zu kontrollieren

[16.07.2015, Rs C-88/14, Kommission / Parlament und Rat](#)

Nichtigkeitsklage – Verordnung (EU) Nr 1289/2013 – Art 1 Nrn 1 und 4 – Verordnung (EG) Nr 539/2001 – Art 1 Abs 4 Buchst f – Art 290 AEUV – **Aussetzung der Befreiung von der Visumpflicht** – Einfügung einer Fußnote – Änderung des Gesetzgebungsakts

16.07.2015, Rs C-95/14, UNIC und UNICOPEL

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Freier Warenverkehr** – Art 34 AEUV bis 36 AEUV – **Maßnahmen gleicher Wirkung** – Richtlinie 94/11/EG – Art 3 und 5 – Abschließende Harmonisierung – Verbot der Behinderung des Handels mit Schuherzeugnissen, welche den Kennzeichnungsanforderungen der Richtlinie 94/11 entsprechen – Nationale Rechtsvorschriften, nach denen das **Ursprungsland auf dem Etikett** von Erzeugnissen genannt werden muss, die **im Ausland verarbeitet** worden sind und die in italienischer Sprache die Angabe ‚pelle‘ tragen – In den freien Verkehr überführte Waren

16.07.2015, verb Rs C-108/14 und C-109/14, Larentia + Minerva

Vorlage zur Vorabentscheidung – Mehrwertsteuer – Sechste Richtlinie 77/388/EWG – Art 17 – **Recht auf Vorsteuerabzug** – Teilweiser Abzug – Mehrwertsteuer, die von Holdinggesellschaften für die **Beschaffung von Kapital** entrichtet wurde, das sie in ihre Tochtergesellschaften investiert haben – **An die Tochtergesellschaften erbrachte Dienstleistungen** – Tochtergesellschaften in der Rechtsform einer Personengesellschaft – Art 4 – Bildung einer Gruppe von Personen, die als ein Steuerpflichtiger behandelt werden können – Voraussetzungen – Erforderlichkeit eines **Unterordnungsverhältnisses** – Unmittelbare Wirkung

16.07.2015, Rs C-172/14, ING Pensii

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Absprachen** – Modalitäten zur Aufteilung der Kunden auf einem Markt für **private Pensionsfonds** – Vorliegen einer **Wettbewerbsbeschränkung** im Sinne von Art 101 Abs 1 AEUV – Beeinträchtigung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten

16.07.2015, Rs C-184/14, A

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivil- und Handelssachen – **Zuständigkeit in Unterhaltssachen** – Verordnung (EG) Nr 4/2009 – Art 3 Buchst c und d – Antrag in Bezug auf eine **Unterhaltspflicht** gegenüber den **minderjährigen Kindern**, der parallel zu einem Verfahren auf Trennung der Eltern in einem anderen Mitgliedstaat als demjenigen gestellt wurde, in dem die Kinder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben

16.07.2015, Rs C-218/14, Singh ua

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2004/38/EG – Art 13 Abs 2 Unterabs 1 Buchst a – **Aufenthaltsrecht der Familienangehörigen** eines Unionsbürgers – Ehe zwischen einer Unionsbürgerin und einem Drittstaatsangehörigen – Aufrechterhaltung des Aufenthaltsrechts des Drittstaatsangehörigen nach dem **Wegzug der Unionsbürgerin** aus dem Aufnahmemitgliedstaat und der darauf folgenden Ehescheidung – Art 7 Abs 1 Buchst b – **Ausreichende Existenzmittel** – Berücksichtigung der Existenzmittel des Ehegatten, der einem Drittstaat angehört – **Recht** des Drittstaatsangehörigen auf **Erwerbstätigkeit** im Aufnahmemitgliedstaat, um zur Erzielung ausreichender Existenzmittel beizutragen

16.07.2015, Rs C-222/14, Maïstrellis

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 96/34/EG – **Rahmenvereinbarung über den Elternurlaub** – Paragraf 2 Nr 1 – Individuelles Recht auf Elternurlaub im Fall der Geburt eines Kindes – Nationale Regelung, die einem Beamten, dessen Ehegattin nicht erwerbstätig ist, das Recht auf Elternurlaub vorenthält – Richtlinie 2006/54/EG – **Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen** – Art 2 Abs 1 Buchst a und Art 14 Abs 1 Buchst c – Arbeitsbedingungen – Unmittelbare Diskriminierung

16.07.2015, Rs C-255/14, Chmielewski

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EG) Nr 1889/2005 – **Überwachung von Barmitteln**, die in die Europäische Union oder aus der Europäischen Union verbracht werden – Art 3 und 9 – **Anmeldepflicht** – Verletzung – Sanktionen – Verhältnismäßigkeit

16.07.2015, Rs C-369/14, Sommer Antriebs- und Funktechnik

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Elektro- und Elektronik-Altgeräte** – Richtlinie 2002/96/EG – Art 2 Abs 1, Art 3 Buchst a sowie Anhänge IA und IB – Richtlinie 2012/19/EU – Art 2 Abs 1 Buchst a und Abs 3 Buchst b, Art 3 Abs 1 Buchst a und b sowie Anhänge I und II – Begriffe ‚Elektro- und Elektronikgeräte‘ und ‚elektrische und elektronische Werkzeuge‘ – **Garagenterantriebe**

[16.07.2015, Rs C-379/14, TOP Logistics ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Marken – Richtlinie 89/104/EWG – Art 5 – Mit einer Marke versehene Waren, die **ohne die Zustimmung des Markeninhabers** in den **zollrechtlich freien Verkehr überführt** und einem Verfahren der **Steuer- aussetzung** unterstellt worden sind – Recht des Markeninhabers, diesem Unterstellen zu widersprechen – Begriff ‚im geschäftlichen Verkehr ... benutzen‘

B. Schlussanträge

[16.07.2015, Rs C-293/14, Hiebler \(GA Szpunar\)](#)

Richtlinie 2006/123/EG – Niederlassungsfreiheit – **Rein innerstaatliche Sachverhalte** – Art 2 Abs 2 Buchst i – Tätigkeiten, die mit der **Ausübung öffentlicher Gewalt** verbunden sind – Beruf des **Rauchfangkehrers** – Art 10 Abs 4 – Art 15 Abs 1 bis 4 – Territoriale Beschränkungen – Verhältnismäßigkeit – Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse

[16.07.2015, Rs C-73/14, Rat / Kommission \(GA Sharpston\)](#)

Abgabe einer schriftlichen **Stellungnahme** im Namen der **Europäischen Union** an den **Internationalen Seegerichtshof** durch die Kommission – Art 13 Abs 2, Art 16 Abs 1 und Art 17 Abs 1 EUV – Art 218 Abs 9 und Art 335 AEUV – **Außenver- tretung** der Europäischen Union – **Verletzung der Befugnisse** des Rates – Loyale Zusammenarbeit – Art 263 AEUV – Zulässigkeit

[16.07.2015, Rs C-264/14, Hedqvist \(GA Kokott\)](#)

Steuerrecht – Mehrwertsteuer – **Umtausch der virtuellen Währung** ‚Bitcoin‘ in eine konventionelle Währung – Art 2 Abs 1 Buchst c der Richtlinie 2006/112/EG – Besteuerung von Dienstleistungen gegen Entgelt – Art 135 Abs 1 Buchst d der Richtlinie 2006/112/EG – **Steuerbefreiung** für Umsätze mit Handelspapieren – Art 135 Abs 1 Buchst e der Richtlinie 2006/112/EG – Steuerbefreiung für Umsätze mit Devisen – Art 135 Abs 1 Buchst f der Richtlinie 2006/112/EG – Steuerbe- freiung für Umsätze mit Wertpapieren

[16.07.2015, verb Rs C-340/14 und C-341/14, Trijber \(GA Szpunar\)](#)

Richtlinie 2006/123 – Anwendung von Kapitel III der Richtlinie 2006/123 auf **rein innerstaatliche Sachverhalte** – Art 10 Abs 2 Buchst c – Voraussetzungen für die Erteilung von Genehmigungen – **Bekämpfung des Menschenhandels**

[16.07.2015, Rs C-371/14, APEX \(GA Bot\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Handelspolitik – **Antidumpingzölle** – Durchführungsverordnung (EU) Nr 260/2013 – Einfuhrzeugnisse mit Ursprung in China – Einfuhr aus Vietnam versandter gleicher Erzeugnisse – **Umgehung** – **Rück- wirkende Ausweitung** der Antidumpingzölle, die nach dem Auslaufen dieser Zölle beschlossen wurde – Gültigkeit

C. Gericht

[15.07.2015, Rs T-45/10, GEA Group / Kommission](#)

Wettbewerb – Kartelle – Europäischer Markt für ESBO/Ester-Wärmestabilisatoren – Entscheidung, mit der ein Verstoß gegen (ex-)Art 81 EG und Art 53 EWR-Abkommen festgestellt wird – **Preisfestsetzung, Marktaufteilung** und Austausch sensibler geschäftlicher Informationen – Geldbußen – Zurechnung der Zuwiderhandlung – Kapitalbezogene Vermutung – Dauer und Nachweis der Zuwiderhandlung – **Verjährung** – Dauer des Verfahrens – **Angemessene Verfah- rensdauer** – Verteidigungsrechte

[15.07.2015, Rs T-418/10, voestalpine und voestalpine Wire Rod Austria / Kommission](#)

Wettbewerb – Kartelle – Europäischer Markt für Spannstahl – Preisfestsetzung, Marktaufteilung und Austausch sensibler Geschäftsinformationen – **Einheitliche, komplexe und fortgesetzte Zuwiderhandlung** – Handelsvertretervertrag – **Zu- rechenbarkeit** der **rechtswidrigen Handlungen** des Handelsvertreters an den Geschäftsherrn – Fehlende Kenntnis des Geschäftsherrn von den rechtswidrigen Handlungen des Handelsvertreters – Beteiligung an einem Tatkomplex der Zuwi-

derhandlung und Kenntnis des Gesamtplans – Leitlinien für das Verfahren zur Festsetzung von Geldbußen von 2006 – Verhältnismäßigkeit – Grundsatz der **individuellen Zumessung** von Strafen und Sanktionen – **Unbeschränkte Nachprüfung**

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

16.07.2015, Beschwerde Nr. [7997/08](#), *Kuttner / Österreich*

Verletzung von **Art 5 Abs 4 EMRK** (Recht auf richterliche Haftprüfung); Zulässigkeit der Beschwerde des wegen Körperverletzung verurteilten Straftäters, da die **richterliche Überprüfung** seiner Haft zwar zu keiner Freilassung, jedoch zu einer Überstellung von der **psychiatrischen Einrichtung** in ein normales Gefängnis hätte führen können; konventionswidrige **überlange Dauer** von 16 Monaten zwischen Antragstellung und tatsächlicher richterlicher Haftprüfung

16.07.2015, Beschwerde Nr. [39438/13](#), *Nazarenko / Russland*

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); nach **Aberkennung** der Vaterschaft des Bf, der nicht biologischer **Vater** war, **keine rechtliche Möglichkeit** für ihn, weiterhin **Kontakt** zu seiner (jahrelang vermeintlichen) Tochter zu haben; Verletzung des Rechts auf Achtung des Familienlebens durch automatischen und gänzlichen Ausschluss aus dem Leben des Kindes ohne Abwägung der Interessen des Kindeswohls; **Verpflichtung** der Staaten im Einzelfall über Kontaktrechte – unabhängig vom Verwandtschaftsverhältnis – **Interessenabwägung** im Interesse des Kindeswohls zu treffen

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Mag. Matthäus Schmied, Wiss.-Mit. Sarah Heimpl

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.